



Illustration: Jan Bazing

# Tage des Zorns

**Auf der ganzen Welt begehren junge Menschen gegen ihre Regierung auf. Was verbindet die Proteste?**

**D**ie Welt ist in Aufruhr. Beinahe im Wochentakt, so scheint es, bricht irgendwo ein neuer Aufstand aus. Der jüngste begann vor wenigen Tagen in Kolumbien. Ein von Gewerkschaften angeregter „Generalstreik“ zog Hunderttausende auf die Straße, um gerechtere Renten, mehr Geld für die Universitäten und anderes zu fordern. Die Proteste halten an, täglich klappern Demonstranten mit Kochtöpfen, angetrieben auch von der Polizeigewalt, die schon erste Todesopfer gefordert hat. Zuvor waren Proteste in Ecuador, Chile und Bolivien ausgebrochen. In Chile entzündete sich der Aufstand an der Erhöhung der Fahrpreise im Nahverkehr, in Bolivien war es die Wahlfälschung zugunsten des Präsidenten Evo Morales, in Ecuador eine Benzinpreiserhöhung. Und in Venezuela und Nicaragua befindet sich das Volk ohnehin im Kampf gegen autoritäre Systeme.

Auch in anderen Teilen der Erde bricht sich die Wut Bahn. Im Libanon gehen die Menschen seit Mitte Oktober auf die Straße, ursprünglich, um gegen eine Steuer auf Whatsapp-Telefonate zu protestieren. Im Irak begann es kurz davor mit einem Marsch gegen die Korruption der politischen Klasse, die hohe Arbeitslosigkeit und die miserablen staatlichen Dienstleistungen. In Sudan nahmen die Aufstände wegen

der Verdreifachung des Brotpreises ihren Lauf, in Iran wegen der Erhöhung der Spritpreise, und in Algerien zogen die Menschen ursprünglich auf die Straße, weil sie nicht wollten, dass Präsident Abdelaziz Bouteflika für eine fünfte Amtszeit kandidiert.

In Hongkong wiederum begannen die Proteste im Juni wegen eines geplanten Gesetzes, das es erstmals ermöglicht hätte, Verdächtige an die Willkürjustiz auf dem chinesischen Festland auszuliefern. An einer ersten Kundgebung beteiligten sich geschätzt eine Million Menschen. Seither schaukeln Polizeigewalt und die Militanz des harten Kerns der Protestanten einander hoch. Die Maßstäbe sind ins Rutschen geraten. Ein wesentlicher Teil der Öffentlichkeit toleriert das Vorgehen der Demonstranten. Die Gewalt hält an.

Die Liste ließe sich fortsetzen. Und mit jedem weiteren Land, das dieser Tage dazukommt, stellt sich mehr und mehr die Frage: Was ist los auf der Welt? Entsteht hier eine weltumspannende Bewegung? Oder ist das alles nur Zufall?

#### Das globale Bürgertum vernetzt sich

Fachleute haben auf diese Fragen keine einheitliche Meinung. Noch nicht womöglich, denn vieles ist im Fluss. Tatsache ist jedenfalls, dass es große, länderübergreifende Protestwellen in der Vergangenheit immer wieder gegeben hat. Anders als heute, so sieht es der Harvard-Historiker Niall Ferguson, hätten diese aber ein gemeinsames Ziel verfolgt. In einer Kolumne für die britische „Sunday Times“ schrieb er unlängst: „1789 waren es Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, 1848 (und 1989) war es der Frühling der Völker, 1917 ging es um Frieden, Land und Brot, und 1968 war das Motto ‚Make Love not War‘. In den vielen Demonstrationen, die in diesem Jahr in aller Welt stattgefunden haben, wird man vergeblich nach einem derartigen gemeinsamen Thema suchen.“

Zu dem Schluss muss man kommen, wenn man allein die konkreten Auslöser der Bewegungen betrachtet. Der britische Politologe Richard Youngs, der für die Denkfabrik Carnegie Europe arbeitet und dieses Jahr ein Buch zum Thema veröffentlicht hat („Civic activism unleashed“), sieht darin dennoch etwas Größeres. Die derzeitige Protestwelle sei „einzigartig und wahrlich weltumspannend“. Die Häufung sei kein Zufall, sondern Ausdruck der „wachsenden Frustration von Bürgern über ihre Regierung, ob diese demokratisch ist oder nicht“. Was die Welt derzeit erlebe, könne sogar die Geburtsstunde eines global vernetzten Bürgertums sein, das weltweit zunehmend ähnliche Ansprüche auf Freiheit, Grundrechte und Wohlstand erhebe.

Dass es den Demonstranten um mehr geht als um das, was sie ursprünglich auf die Straße getrieben hat, sieht man schon daran, dass sie das Protes-

tieren nicht lassen, auch wenn die Ursache längst aus der Welt ist. Die Regierung Hongkongs hat das Auslieferungsgesetz kassiert, in Algerien hat sich Präsident Bouteflika zurückgezogen, doch die Proteste gehen weiter. In Bolivien ist Präsident Morales unter dem Druck der Armee zurückgetreten, doch die Lage bleibt angespannt. Was also treibt die Menschen an?

#### Abstiegsängste und Zukunftssorgen

In Hongkong hat das geplante Auslieferungsgesetz eine Urangst geweckt: vor der Unterwanderung der eigenen Autonomierechte durch die chinesische Zentralregierung. Das rechtsstaatliche Justizsystem in Hongkong, angelehnt an das Modell der einstigen Kolonialmacht Großbritannien, ist der wichtigste Unterschied zwischen der Sonderverwaltungsregion und dem übrigen China. Hinzu kommen weitverbreitete Abstiegsängste und Zukunftssorgen.

In der arabischen Welt setzt sich fort, was im Jahr 2011 begonnen hat. Damals führten anhaltende Massenproteste in wenigen Monaten zum Sturz von vier Staatsoberhäuptern, erst in Tunesien und Ägypten, dann in Libyen und im Jemen. Eine von Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten angeführte Konterrevolution sowie der Krieg in Syrien setzten der keimenden Hoffnung ein jähes Ende. Die Menschen, die nun abermals ihre Stimme erheben, wollen, was in westlichen Ländern selbstverständlich ist: dass die Regierenden der Bevölkerung gegenüber rechenschaftspflichtig sind und sie ihre Ämter nicht als Freifahrtschein für eine hemmungslose Bereicherung missbrauchen. Dass ein liberaler und pluralistischer Rechtsstaat an die Stelle eines autoritären Polizeistaats tritt.

In Lateinamerika wiederum hat sich eine explosive Mischung zusammengebracht. Die Ausgangslage ist in den meisten Ländern ähnlich. Die Gesellschaft hat ihre feudalen Strukturen nie abgelegt: Viel ökonomische und politische Macht ballt sich in einer kleinen und reichen Elite. Die Institutionen in Lateinamerika sind schwach, die Straflosigkeit groß. Wer Einfluss hat, der hat es einfach, die Regeln zu brechen. Die Korruption blüht und taucht in Umfragen in allen Ländern Lateinamerikas unter den drei dringendsten Problemen auf – und das nicht erst seit gestern.

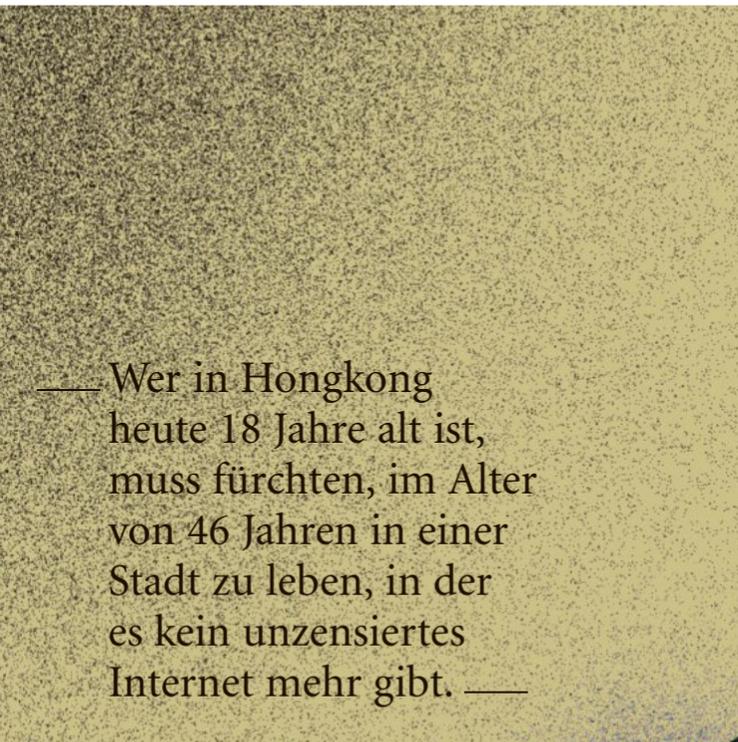
Es hat sich viel Wut angestaut in einer ganzen Reihe von Ländern auf dem Kontinent. Wie Umfragen zeigen, richten die Menschen ihren Ärger gegen das ganze System. Jedes Jahr untersuchen die Meinungsforscher von „Latinobarómetro“ das Demokratieverständnis der Lateinamerikaner. Gaben vor zehn Jahren noch 51 Prozent an, sie seien nicht zufrieden mit der Demokratie, waren es im vergangenen Jahr schon 71 Prozent. Das Vertrauen in die



Übungswurf mit Molotowcocktail in Hongkong (oben); Proteste in der sudanesischen Hauptstadt Khartum

Foto: Lam Yik Fei/Laif, AFP

— Weltweit haben urbane Eliten eine Vorstellung davon, wie ein gutes Leben auszusehen hat – so wie im Westen. —



— Wer in Hongkong heute 18 Jahre alt ist, muss fürchten, im Alter von 46 Jahren in einer Stadt zu leben, in der es kein unzensuriertes Internet mehr gibt. —

**Zwei Hauptstädte im Sturm der Demonstranten: In Beirut (unten) gehen die Menschen ebenso auf die Straße wie in Santiago de Chile.**



politischen Institutionen könnte kaum noch schlechter werden. Nur 13 Prozent der Lateinamerikaner vertrauen den Parteien, 21 Prozent dem Kongress und 22 der Regierung. Lässt sich aus all diesen Befunden etwas Verbindendes herauslesen? Eine Art Agenda des globalen Protestes? Tareq Sydiq vom Zentrum für Konfliktforschung an der Universität Marburg ist da zurückhaltender als etwa der Brite Youngs. Mit zunehmender Dauer der Proteste stellten die Demonstranten zwar ähnliche Forderungen, nach mehr Teilhabe und mehr Demokratie etwa, „aber das sind so abstrakte Begriffe, da sind ja die meisten irgendwie dafür“. Natürlich hätten urbane Eliten weltweit eine Vorstellung davon entwickelt, wie ein gutes Leben auszusehen hat – so wie im Westen nämlich. „Aber das gilt nicht für alle Schichten, die hier auf die Straße gehen, deshalb bin ich vorsichtig, das als allgemeine Begründung heranzuziehen“, sagt Sydiq. „Das sind für mich erstmal Anti-Regierungs-Proteste.“

#### Die Jugend hat höhere Ansprüche

Auffällig ist, dass die Proteste vielerorts von jungen Menschen getragen werden. Dafür gibt es in verschiedenen Teilen der Erde gute Gründe. Lateinamerika etwa: Vor knapp zwei Jahrzehnten ließ der Aufstieg Chinas die Nachfrage nach Rohstoffen explodieren. Lateinamerika erlebte einen Boom, von dem auch die Bevölkerung profitierte: Aus Armen wurden Konsumenten, die sich plötzlich allerlei Dinge leisten konnten. Die Ansprüche der Jungen sind entsprechend gestiegen, strukturell änderte sich allerdings wenig. Schulen, Krankenhäuser, öffentlicher Verkehr blieben mangelhaft, die Ungleichheit groß. Mit dem Ende des Rohstoffbooms sind die Träume zerplatzt. Was geblieben ist, sind die gestiegenen Ansprüche und eine große Frustration.

Im arabischen Raum akzeptieren viele Junge die staatliche Ordnung nicht mehr. Sie sind Teil der grenzenlosen Online-Welt geworden. Was sie sich wünschen, zeigt eine aktuelle Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Asdaa BCW unter jungen Arabern in 15 Staaten. Sie fordern etwa ein besseres Bildungswesen; jeder zweite Araber würde, wenn er könnte, im Westen eine Schule oder Universität besuchen. Vor allem aber verändert sich ihr Verhältnis zur Religion, also zum Islam. So klagen zwei Drittel der jungen Araber, dass die Religion eine zu große Rolle spiele. Jeder Zweite sagt zudem, dass die Religion die arabische Welt zurückhalte. Dazu passt, dass die Demonstranten im Irak und im Libanon dagegen aufbegehren, die Ämter und Pfründen nach einem konfessionellen Schlüssel zu verteilen. Sie sehen sich nicht mehr als Schiiten oder Sunniten, sie wollen eine Nation gleicher Staatsbürger.

Wie an allen Protesten sind auch an jenem in Hongkong nicht nur junge Demonstranten beteiligt.

Aber die Jungen bilden den Kern der Bewegung, sie führen die radikaleren Aktionen aus. In der ersten Reihe stehen die sogenannten Frontliner, die sich direkte Gefechte mit der Polizei liefern. Die übrigen Teilnehmer, darunter auch viele Ältere, verstehen sich als Zuarbeiter: Sie versorgen die Frontliner mit Nachschub an Regenschirmen, Pflastersteinen, Gasmasken oder Wasser, sie bieten medizinische oder anwaltliche Hilfe an. Ein großer Teil der Protestierenden ist keine 18 Jahre alt. An der Besetzung der Polytechnischen Universität, der öffentlichkeitswirksamsten Aktion der jüngeren Zeit, waren mehr als dreißig Prozent Minderjährige beteiligt.

#### Aussicht auf Leben in Unfreiheit

Für das junge Alter des Protestierenden gibt es zwei besondere Gründe. Erstens gilt die Zusage Chinas, Hongkong weitgehende Autonomie zu gewähren, nur bis zum Jahr 2047. Wer heute 18 Jahre alt ist, muss also fürchten, im Alter von 46 Jahren in einer Stadt zu leben, in der es keine Meinungs- und Versammlungsfreiheit, kein eigenes Rechtssystem und kein unzensuriertes Internet mehr gibt. Zweitens haben die jüngeren Generationen nicht die gleichen Aufstiegschancen wie ihre Eltern. Die Löhne in Hongkong stagnieren seit Jahren, die Immobilienpreise sind seit der Finanzkrise explodiert, so dass sich selbst gutverdienende Mittdreißiger keine eigene Wohnung mehr leisten können.

Dass vor allem die Jungen die Proteste antreiben, ist für Fachleute nichts Ungewöhnliches. Junge Menschen sind eher bereit zu protestieren. Sie litten öfter unter Arbeitslosigkeit, und in autokratischen oder von Korruption und Vetternwirtschaft geplagten Staaten seien sie öfter von den Pfründen ausgeschlossen, die die Staatsmacht zu verteilen habe, erklärt der Marburger Forscher Sydiq. Kurz gesagt: Die Jungen haben mehr zu gewinnen und weniger zu verlieren.

Auch wenn die Protestbereitschaft der Jugend kein neues Phänomen ist, so könnte darin doch eine mögliche Erklärung dafür stecken, weshalb sich der Aufruhr gerade dort ereignet, wo er sich ereignet: In den Weltgegenden, in denen es besonders gute Gründe gibt, gegen die Regierungen auf die Straße zu gehen, gibt es auch besonders viele junge Menschen. Während nach Zahlen der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung in Europa derzeit elf Prozent zwischen 15 und 24 Jahren sind, sind es in Asien 16, in Lateinamerika 17 und in Afrika 19 Prozent. Sydiq sagt: „Gelingt es den Regierungen nicht, die Jungen einzubinden und dem Frust entgegenzuwirken, gibt es hier ein großes Protestpotential.“

Ein zweiter Faktor, der das weltweite Protestklima womöglich weiter angeheizt hat und noch weiter anheizen könnte, ist die Bildung. Besser gebildete

Foto: AFP, Laif



Am gefährlichsten ist die Lage wohl in der arabischen Welt. Während die Jungen vom Wandel träumen, wollen die Eliten den Status quo aufrechterhalten. Und das im Zweifel mit Gewalt.



Im Irak (oben) kamen schon mehr als 350 Menschen ums Leben; in Kolumbien klappern Tag für Tag die Kochtöpfe.

Menschen begehren eher auf, weil Erwartungshaltung und Unzufriedenheit mit steigender Bildung zunehmen. Gerade dort, wo sich Proteste derzeit zu Flächenbränden entwickeln könnten, steigt der Bildungsgrad. Zahlen der Weltbank zeigen das deutlich. Der Anteil derer, die in der relevanten Altersgruppe in den Genuss höherer Bildung kommen, ist etwa in Chile von 18 auf knapp 90 Prozent gestiegen, im Libanon von 32 auf knapp 40 Prozent.

Ausgehend von diesen Zahlen, vertritt Harvard-Historiker Ferguson die These, es sei der „Überschuss an qualifizierten jungen Leuten“, der derzeit in aller Welt auf die Straße gehe: „Ich habe den Verdacht, dass es eigentlich um die Diskrepanz zwischen dem beispiellosen Überangebot an Absolventen und der Nachfrage nach ihnen geht.“ Konfliktforscher Sydiq findet diese Erklärung dagegen zu eindimensional. Er verweist darauf, dass etwa in Iran insbesondere auch die arme und weniger gut gebildete Bevölkerung demonstriert. Überhaupt könnten Massenproteste erst entstehen, wenn über die gebildeten Schichten hinaus mobilisiert werde.

#### Aufstände brauchen kein Zentrum mehr

Einig sind sich Fachleute hingegen über die Rolle neuer Medien. Das Internet und soziale Netzwerke haben die Art von Protesten grundstürzend verändert. Überall hat sich gezeigt, wie schnell sich darüber Massen mobilisieren lassen und eine Öffentlichkeit für die eigenen Belange herstellen lässt. Und mit der Art der Kommunikation hat sich auch die Form von Protesten verändert. So wie es keine Führungsfiguren mehr braucht, um den Aufstand zu organisieren, braucht der Aufstand auch kein Zentrum mehr. Noch vor wenigen Jahren versammelten sich Bewegungen auf großen Plätzen, auf dem Majdan in Kiew oder dem Tahir-Platz in Kairo. Inzwischen finden Proteste häufig dezentral statt – mit dem Vorteil für die Demonstranten, dass eine Bewegung schwieriger zu unterdrücken ist.

Die neuen Formen des Protests bringen aber auch Schwierigkeiten mit sich. Das zeigt sich beispielhaft in Hongkong, wo diese Methoden so stark angewandt wurden wie nirgendwo sonst. Die junge Protestgeneration hat es bisher abgelehnt, die Autorität der älteren Demokratieaktivisten anzuerkennen. Sie wirft ihnen vor, nichts erreicht zu haben. Außerdem versteht sich die Bewegung explizit als führerlos: Kein Einzelner soll entscheiden, welche Aktionen legitim sind und welche nicht. Die Meinungsbildung in der Bewegung erfolgt stattdessen über soziale Netzwerke, in denen jeder Aktionen vorschlagen kann. Diese werden durchgeführt, wenn sich eine große Zahl an Fürsprechern findet. Die Folge scheint zu sein, dass gewaltbereitere Aktivisten die Richtung der Bewegung stärker vorgeben, weil ihre Aktionen

mehr Medienaufmerksamkeit auf sich ziehen. Ohne Anführer gibt es außerdem auch niemanden, mit dem die Regierung verhandeln könnte. Wobei es bisher auch keine sichtbare Verhandlungsbereitschaft auf Regierungsseite gibt.

#### Gesten des guten Willens

Dass sich die großen Protestherde der Welt alsbald abkühlen werden, ist unwahrscheinlich. In Hongkong haben die Bezirkswahlen vor wenigen Tagen der Bewegung neue Legitimität verliehen. Mehr als 80 Prozent der Wähler stimmten für prodemokratische Kandidaten. Sollte die Regierung aus ihrer Niederlage bei den Wahlen keine Konsequenzen ziehen, muss mit einer weiteren Radikalisierung der Bewegung gerechnet werden, weil dies die verbreitete Ansicht bestätigen würde, dass friedlicher Protest in Hongkong keine Veränderungen bewirken könnte. In Lateinamerika gab es Gesten des guten Willens: In Kolumbien hat sich Präsident Duque zum Dialog bereit erklärt, in Chile entsteht in den kommenden Monaten eine neue Verfassung. Man fragt sich angesichts der Entwicklungen in der Region dennoch, welches Land als Nächstes von einer Protestwelle überrollt wird. Denn auch dort, wo es zu einem Machtwechsel und einer politischen Neuordnung gekommen ist, sind die Gründe der Unzufriedenheit nicht aus der Welt geschafft.

Am gefährlichsten ist die Lage wohl in der arabischen Welt. Während die Jungen vom gesellschaftlichen Wandel träumen, wollen die Eliten vieler Länder mit den Mitteln der Staatsgewalt den Status quo aufrechterhalten. Stabilität und Sicherheit sind für sie wichtiger als die Wünsche der Jugend. Für den Konflikt hat der Politologe Youngs von Carnegie Europe ein Begriffspaar geprägt. Angesichts der weltweit zunehmenden Proteste spricht er einerseits vom „age of rage“, dem Zeitalter des Zorns. Zugleich spricht er aber vom „age of surveillance“, dem Zeitalter der Überwachung, weil Autokratien immer mehr Möglichkeiten haben, ihr Volk zu drangsalieren. In diesem Spannungsverhältnis steht der Kampf um die Zukunft vieler Länder. Im Irak zeigt sich, was das bedeuten kann. Seit Beginn der Demonstrationen sind mehr als 350 Menschen getötet worden.

Und was bedeutet das „Zeitalter des Zorns“ für Demokratien? Youngs vermeidet eine klare Prognose: „Es ist nicht aus sich heraus gut oder schlecht für die Demokratie.“ Regierungen könnten offener für die Belange der Bevölkerung werden, aber auch erratic und weniger berechenbar. Fest stehe nur: „Es verändert, wie Politik funktioniert.“

Friederike Böge, Peking,  
Tjerk Brühwiller, São Paulo,  
Rainer Hermann, Andreas Nefzger